



zur deutschen Regierungsbildung

Der deutsche Regierungsbildung schreibt der sozialist. "Volkswacht" es sei erfreulich, daß der Entwurf Deutschlands in den Völkerverbund nunmehr gelichtet sei, aber vom deutschen innerpolitischen Standpunkt sei die Lösung minder erfreulich.

Eine parlamentarische Unterjochung des ungarischen Standals durchgeführt.

Budapest, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Opposition gegen die Regierung hat sich doch noch durchgesetzt und die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Frankensächser-affäre erreicht.

Wien, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die "Arbeiter-Zeitung" meldet aus Budapest, daß auf Grund der Tagebuchaufzeichnungen des in der Frankensächser-Affäre verhafteten Obersten Tschirsky...

Das belgisch-französische Abkommen im Rahmen von Locarno.

Brüssel, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch fand eine große Kammerdebatte über den Vertrag von Locarno statt, an der die früheren Außenminister Caspar und Symons teilnahmen.

Tchang-Tso-Lin marschiert auf Peking.

Über London wird gemeldet: Die Truppen des Marschalls Tchang-Tso-Lin befinden sich in einer großen Schlacht in der Gegend zwischen Sialich und Schanhaiwan und bringen siegreich gegen Peking vor.

Interesse, als die Verwendung ausreißender Mittel für den Wohnungsbau. Bei der Erhöhung der Mittel auf die von uns gewünschten Summen können gleichzeitig die Großstädte des Ostens zu ihrem Recht, in denen das Aufkommen für Neubauwerke sich nicht nur absolut erhöht, sondern die auch einen relativ höheren Anteil davon behalten dürfen.

Die großen Schwierigkeiten, die sich der Sozialdemokratie aus Kreisen von Haus- und Grundbesitzern und gewisser Ressorts bei der Vertretung ihrer Forderungen entgegenstellen, lassen es erwünscht erscheinen, daß alle an ihnen interessierten Kreise sich rechtzeitig regen und nicht erst, wenn es zu spät ist, mit Wünschen und Klagen einsehen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Geschwindige Tschiffenversuche aufgegeben. Der Oberste Verwaltungsgerichtshof verkündete gestern die Entscheidung über mehr als 160 Beschwerden von Gemeinden, Garküchen, Hoteliers und Hotelgesellschaften, sowie einzelnen Gastmützigengemeinschaften verschiedener Städte gegen die im Zusammenhang mit dem Handelsministerium festgestellten Entscheidungen der Gewerbebehörden über die Sprache der Schilder, Wasserzeichen usw.

Der Rückgang des Deutstums in Baltien. In den Städten im ehemaligen russischen Reich, die in ihrer Bevölkerung ein besonders hohes deutsches Element hatten, gehörte bis vor wenigen Jahren auch die deutsche Bevölkerung zum Vorkriegszustand.

Transportsabgaben am Todestage Lenins. Die Sowjetregierung hat angeordnet, daß am 21. Januar, als dem Todestage Lenins, auf dem ganzen Gebiet des Sowjetlandes alle Gebäude der Regierungen und Kommunalinstitutionen die Sowjetflagge 10 Minuten lang zu halbmacht zu setzen haben.

Ein ähnliches Kommunistenblatt in Moskau. Seit kurzem erscheint in Moskau eine Zeitung "Jandin-Lao" ("Vorwärts"), die dem Verband der chinesischen Bürger in Russland herausgegeben wird.

Der Parteivorstand der finnischen Sozialdemokratie beschloß, dem in der nächsten Zeit stattfindenden Parteitag einen Vorschlag zu unterbreiten, nach dem sich die Partei grundsätzlich zur Beteiligung an einem Koalitionsministerium zu bereitz erklärt.

ausgeschlossen wird; zur Deckung der hierfür zu gewährenden Hypotheken soll ein Betrag von mindestens 20 Prozent der Friedensmiete zur Verfügung gestellt werden.

Gegenüber diesem höchst unbefriedigenden Programm gehen die Forderungen der Sozialdemokratie dahin, daß mindestens an dem Satz von 20 Prozent der Friedensmiete für Neubauwerke festgehalten wird.

Bei einer Verwendung von 20 Prozent der Friedensmiete, die man für Preußen auf 3,4 Milliarden schätzt, für Neubauwerke und unter Abhebung des gleichen Prozentsatzes an Ausfällen, wie ihn der Finanzminister annimmt, würden zur Förderung des Wohnungsbaues reichlich 480 bis 490 Millionen Mark zur Verfügung stehen.

Wir fördern mit diesem unserem Programm gleichzeitig die Wirtschaft im allgemeinen und den deutschen Osten im besonderen. Jedermann weiß, daß das Baugewerbe als Schlüsselindustrie zahlreichen anderen Industrien Arbeitsgelegenheit und Beschäftigungsmöglichkeit gibt.

Ein.

Roman von Lawrence S. Desberris. Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Germania zur Mühlen.

"Kommen Sie jeden Tag hierher?" "Ja zu den lieben Tieren." "Ich werde versuchen, Sie morgen herzubringen", sagte O'Keefe. Wir wollen jetzt gehen. Eigentlich möchte ich auf die Frau warten, aber ich habe um sechs eine wichtige Besprechung, fürchte ich nicht zu spät zu kommen."

Der höhere Mann püff durch die Zähne. "Verdammt! Ausgerechnet Annie Broughton! Verdammt!"

Der höhere Mann.

Der höhere Mann hieß Michael Crimjon und hatte trotz seiner achtundzwanzig Jahre schon allerlei erlebt. Mit zehn Jahren hatte er als Zeitungsjunge gearbeitet, um der trunksüchtigen Mutter und den zwei kleinen Schwestern zu helfen.

Als er sechzehn Jahre alt war, wurde er in einer der großen Automobilläden des Herrn Henry Wright angestellt. Bald darauf fand die Mutter und nun gab es auf der Welt keinen Menschen, dem gegenüber Michael Crimjon nicht wilden Haß empfunden hätte.

Seine gespannte Aufmerksamkeit, seine intelligenten Fragen fielen der jungen Lehrerin auf. Sie begann sich um ihn zu kümmern, und nun erregte sie sich das folgende: Michael Crimjon gewann einen Menschen lieb. Nicht etwa, daß er sich in Annie Broughton verliebt hätte; sie war etwas älter als er, und ihr hübsches Gesicht ließ sich nicht übersehen, aber er hatte sich erkannt in seinem Leben das Gefühl: Hier ist ein Mensch, der es gut mit dir meint, der nichts von dir will, als Gerechtigkeit, der dir etwas geben möchte.

Stunden mit Annie Broughton. Das Mädchen war noch stiller geworden, noch ernter; ein vergämter Zug lag auf seinem Gesicht, aber es kam Michael Crimjon stets mit der alten Herzlichkeit entgegen.

Seit anderthalb Jahren hatte nun Michael Crimjon Annie nicht mehr gesehen... seit jenem verhängnisvollen Tage, da sie ihn in der Fabrik bei einem Diebstahl erwischt hatten.

Als er entlassen wurde, fand er nirgendwas Arbeit, hungerte und froz, empfand immer härteren Haß gegen alle und alles. Und fiel dann eines Abends, als er sich taumelnd vor Hunger, gegen eine Gasthaustür lehnte, Dore Simpkins in die Hände.

Michael Crimjon erwies sich als gewandter Spitzel; sein Vorgesetzter, Dore Simpkins, war mit ihm zufrieden, zahlte ihm einen anständigen Lohn. Und Michael Crimjon genoss auf seine märkliche, verborgene Art das Leben. Nun konnte er gut essen und schlafen, sich nach jedem gelungenen Fang nach Herzenslust ausstrecken. Sein Beruf brachte viel Annehmlichkeiten und hatte ihm noch keine Unannehmlichkeiten gebracht — bis gefezt wurde.

# Arbeiterversicherung und Einzeletat im Reichstag.

Verlach 1919.

Eine Reihe von Anträgen zur Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten wurden in der gestrigen Reichstags-Sitzung dem Geschäftsausschuss überwiesen. Große Heftigkeit erregt es, daß sich darunter auch ein Strafverfolgungsantrag gegen den Abg. Kütz (Dem.), den neuen Reichsinnenminister, befindet.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt, die Entgegennahme der Erklärung der neuen Regierung auf die Tagesordnung zu setzen. Präsident Wöbe erklärt dazu, daß dem Reichstag noch gar keine Mitteilung davon gemacht worden sei, daß die neue Regierung gebildet ist. Infolgedessen könne er auch noch keine Erklärung entgegennehmen.

Der Geschäftsausschuss beantragt, vier Anträge auf Strafverfolgung gegen den Abgeordneten Kütz zur Genehmigung zur Strafverfolgung von Abgeordneten abzuweisen, dagegen die Genehmigung zur Einleitung eines Privatklagenverfahrens gegen den Abgeordneten Bruhn (Nat.) zu erteilen.

Abg. Graf (Nat.) beantragt, die Sache noch einmal an den Ausschuss zurückzuverweisen, da sie noch nicht genügend geklärt sei. Abg. Wipinski (Soz.) als Berichterstatter stellt fest, daß es sich in dem Fall des Abg. Bruhn um die Wiederholung von Verleumdungen handle.

Die Sache wird darauf an den Geschäftsausschuss zurückverwiesen.

Der Entwurf eines Gesetzes über Änderungen im patentamtlichen Verfahren wird in allen drei Lesungen verabschiedet. Die Vorlage betrifft den Geschäftsgang der Anmeldung im Einspruchsverfahren, das Verfahren des großen Senats und Beschwerden gegen die Prüfungsstelle.

Der Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Hypothekendarlehens wird in allen drei Lesungen genehmigt. Danach sollen die Hypothekendarlehen außer ihren bisherigen Gesetzen auch die Aufnahme von Darlehen bei der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt zwecks Gewährung hypothekensicher Darlehen und die Verpfändung von Sicherheiten für diese Darlehen betreffen. Die neue Vorlage kommt für die Landesbanken in Betracht. Es soll dadurch die von der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt im September 1925 abgeschlossene Auslandsanleihe und weitere derartige Anleihen zur Verteilung gelangen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfs über die Änderung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung in Verbindung mit der ersten Beratung eines von der Sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurfs über die Änderung der Reichsversicherungsordnung. Der Gesetzentwurf der Regierung will den Reichsausschuss für die Kosten der Familienwohnenhilfe befreiben, weil die Krankenkassen davon nur geringen Vorteil hätten, die Länder und Gemeinden aber eine unersetzliche Last. Der Reichsrat hatte den Wegfall der finanziellen Beteiligung des Reiches an den Kosten der Familienwohnenhilfe abgelehnt, weil sie eine erhebliche Mehrbelastung der Krankenkassen bedeuten würde. Der Reichsrat hat eine andere Auffassung des Entwurfs des Reiches und dieser steht jetzt zur Entscheidung.

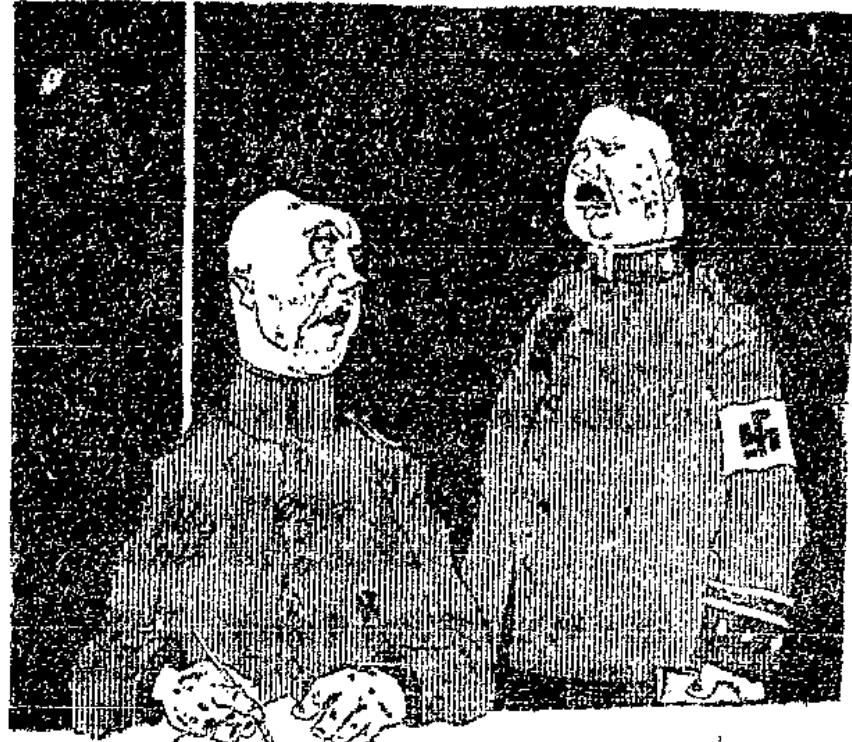
## Abg. Frau Schroeder (Soz.):

Was die Regierung jetzt vorlegt, ist nicht eine bessere Arbeit, es ist nicht Fleisch und nicht Fleisch. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auf die Not der breiten Massen des Volkes wird in keiner Weise Rücksicht genommen. Es hätte wohl einbezogen werden können auf die Freistellungen, die inzwischen über die Arbeit der schwangeren Frauen gemacht worden sind, wie sie besonders der Textilarbeiterverband in vorbildlicher Weise vorgenommen hat. Auch wenn angeblich die Not der Krankenkassen berücksichtigt werden soll, so frage ich: Was ist daran in diesem Gesetzentwurf enthalten? Es darf auch nicht unangefochten bleiben, daß die Krankenkassen eine große Opfer für die Mutterchaftspflege bringen. Sie haben sich damit ein gewaltiges Verdienst um die Allgemeinheit erworben. Wenn trotz der Not des Volkes die Sterblichkeit herabgegangen ist, dann ist das nicht zuletzt zurückzuführen auf die Opfer, die die Krankenkassen gebracht haben. Als Dank dafür will die Reichsregierung trotz den Protesten von allen Seiten das Geringe noch rechnen, was sie erhalten. Im Ausschuss werden wir uns mit diesen Fragen noch eingehend befassen müssen.

Die Rednerin legt zum Schluß eine Entschiedenheit der Sozialdemokratischen Fraktion vor, wonach der Reichstag diejenigen Maßnahmen beschließen soll, die notwendig erscheinen, um den Krankenkassen über die gegenwärtige Notlage hinwegzuhelfen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Frau Rosenfeld (Komm.) bekämpft in ähnlicher Weise die Regierungsvorlage.

Dann wird die dritte Beratung des Etats für 1925 fortgesetzt. Nach den Verhandlungen im Haushaltsausschuss sollen die noch zu erledigenden Etats in dritter Beratung ohne größere politische Debatten verabschiedet werden, da bereits in den nächsten Wochen die neuen Haushalte zur Beratung stehen werden. Ohne Debatte werden die Etats des Reichspräsidenten, des Reichsministeriums des Innern und des Auswärtigen Amtes angenommen. Bei dem Haushalt des Reichsinnenministeriums führt Abg. Buchmann (Komm.) Beschwerde über die Polizeiaufwände in Bayern.



„Lassen Sie die Schwelme aber nicht wieder gerade in der Mittagsszeit umlegen, Feldwebel! Unsere Leute wollen natürlich auch nicht, daß ihnen wegen jeder Cappalie das Essen kalt wird!“

Abg. Saenger (Soz.) bezeichnet die Klagen des kommunikativen Redners als durchaus berechtigt. Der Etat des Innenministeriums wird schließlich bewilligt.

Bei dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums wird ein Antrag v. Raumer (D. Vp.) angenommen, wonach die Mittel für das Reichskontingentsamt für Ein- und Ausfuhr von 50 000 auf 90 000 Mark erhöht werden sollen.

Abg. Barthel (Dem.) begründet einen Antrag auf Bereitstellung von 300 000 Mark für die Forschungsinstitute des Handwerks.

Abg. v. Raumer (D. Vp.) wendet sich gegen den Antrag, der schließlich abgelehnt wird.

Abg. Raumer (Komm.) weist darauf hin, daß das Rheinische Braunkohlenfeld, das 10 Millionen Kubikmeter Kohle ergiebt, in seiner Bilanz genau 10 Millionen Reingewinn aufweise.

Der Haushalt wird bewilligt, ebenso der Haushalt des Reichswirtschaftsrates und des Reichswehrministeriums. Auch der Haushalt des Reichsverlehrsministeriums wird angenommen. — Dann beginnt das Haus die Weiterberatung.

## Die deutschen Vertreter auf der Weltwirtschaftskonferenz

werden gemäß einer Aufforderung des Völkerbundssekretariats, der natürlich Vorberhandlungen in Berlin voranzutreiben, folgende Männer sein: Staatssekretär Trendelenburg als Regierungsvertreter, Reichstagsabgeordneter Rechtsanwalt Lammer (Ztr.), der auf Grund seiner Tätigkeit beim Industriellen-Verband als Unternehmervertreter gelten muß und Genosse W. Eggert, Sekretär des DGB, als Arbeitervertreter.

Von ausländischen Arbeitervertretern werden voraussichtlich die Genossen Dubegeest (Holland), Jouhaux (Frankreich) und ein Engländer teilnehmen.

Von den deutschen Vertretern gilt Trendelenburg als fähiger Kopf, der nur leider in den von ihm geleiteten deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen keine bessere Einsicht oft gegenüber Wünschen der großen Privatinteressenten zur Schau stellte. Lammer hat die törichte deutsche Schutzpolitik wie alle seine Fraktionskollegen mitgemacht, dabei aber mehrmals gezeigt, daß er von einem etwas weitsichtigeren Unternehmensstandpunkt aus wenigstens Bedenken und Hemmnisse empfand. Genosse Eggert bearbeitete in letzter Zeit für den DGB die wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen. Er hat zur internationalen Handelspolitik kluge und klare Ansichten auch literarisch niedergelegt, allerdings als Berater der deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen nicht immer genügend Gebrauch von diesen seinen Erkenntnissen gemacht. Die sozialdemokratische Presse hat kirchlich über die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftskrise und Lohnbewegung nützliche Aufklärungen von ihm erhalten, aus denen die Fähigkeit zu nüchternem Ueberblick über die Arbeiterinteressen sprach.

## Chung deutscher Schriftsteller in Paris.

In der Pariser deutschen Volksgemeinschaft fand am Mittwochabend zu Ehren von Thomas Mann und Alfred Kerr ein großer Empfang statt, zu dem mehrere französische Minister, darunter Painlevé, Daladier, de Monzie, ferner der Generalsekretär des Auswärtigen Amtes Berthelot, Direktoren der Pariser Uniceität und Madama, sowie führende Persönlichkeiten der Wissenschaft und des Geisteslebens Frankreichs erschienen waren. Thomas Mann hatte am Nachmittage in der Carnegie-Stiftung über die neuen geistigen Strömungen in Deutschland, Kerr in einer Veranstaltung der republikanischen Verbände über die dramatische Literatur und ihre Aufgabe im Dienste der Völkerverständigung gesprochen.

## Strafbefehl gegen einen bankrotten Operndirektor.

Die Gläubiger des Direktors der Berliner Komischen Oper James Klein haben gestern abend der „S. Z.“ einen Antrag zur Folge, eine Verhaftung abgelehnt, um über weitere Maßnahmen zur Befriedigung ihrer Forderungen schlüssig zu werden. Unabhängig davon hat Kappellmeister Mosbauer durch seinen Rechtsanwalt gegen Direktor Klein einen Strafbefehl erwirkt, der vom Amtsgericht Berlin Mitte erlassen ist, nachdem Direktor Klein fruchtlos gepfändet worden und zu den Termen zur Befriedigung des Offenbarungsscheides nicht erschienen war.

## „Bild-Sunt“, eine neue Erfindung für Rundfunktelegraphen.

Für die Rundfunktelegraphen wird voraussichtlich eine bemerkenswerte Bereicherung des Programms möglich sein, da durch neue technische Verfahren von Professor Dr. Diekmann ein Apparat gebaut werden ist, der es ermöglicht, einfache Bilder, wie Strichzeichnungen, auf billigen Wege an die Rundfunktelegraphen zu übermitteln. Damit ist insofern eine schöne Bereicherung des Rundfunkprogramms zu erwarten, als es möglich ist, sowohl die Künstler, die bei Opernvorstellungen auftreten, vorher den Rundfunktelegraphen im Bilde zu zeigen, als auch wichtige Vorkommnisse aktuell: Natur nicht nur als Nachricht bekanntzugeben, sondern auch zugleich das Geschehen selbst im Bilde vorzuführen. Ferner ist es ein großer Vorteil von Bedeutung, daß auf diese Weise auch eine drahtlose Übermittlung von Wetterarten möglich wird. Dieser „Bild-Sunt“ ist

## Aus dem Reich.

„Wo bleibt die Katastrophe?“ Im „Deutschen Tageblatt“ behauptet es Graf Krentlow ernstlich, daß aus heuriger Volk „um die Katastrophe bei zu gehen“ werden sei, die nach Ansicht Krentlows reitend und gewirkt hätte. Aber die Hoffnungen der Welt wolle Deutschland vor einer solchen Katastrophe bewahren. Das behauptet der pöhlische Schriftsteller allen Ernstes. Die Folgen einer Wirtschaftskatastrophe würden dann wohl anders aussehen als Krentlow erwartet.

Aus Ostpreußen. Wie das Reichswehrministerium mitteilt, ist bei dem 31. Januar der Generalleutnant v. Horn, Kommandeur der dritten Division und Befehlshaber des 1. Bataillons des 3. Bataillons, aus dem Bataillon aus. An seine Stelle tritt der Chef des Truppenkommandes im Reichswehrministerium, Generalmajor Haffje, der durch den bisherigen Inspektor der Nachrichten-truppen, Generalmajor Beckell, ersetzt wird.

Der Nachfolger des neuen Reichsfinanzministers in Sachsen. Es verlautet, daß als Nachfolger des Reichsfinanzministers Dr. Reimold der frühere Ministerialdirektor und jetzige Direktor der Sächsischen Bank, Dehne, die Verwaltung des sächsischen Finanzministeriums übernehmen soll. Außerdem wird als Nachfolger der Bankier Alfred Maron, Chef des Hauses Bondy & Maron, genannt. Maron ist unter anderem Vorstandsmitglied des Vereins Deutscher Privatbankiers.

Ein Leichentuch ist in der Schorfheide bei Berlin anlässlich einer Freiwahl gemacht worden. Es wurde der Körper eines 25 Jahre alten Mannes mit einer Schußverletzung am Kopf aufgefunden. Über den Kopf des Toten war eine große Lederdecke gezogen, die keine Schürfen aufwies. Da mit der Möglichkeit eines Mordes gerechnet werden mußte, wurden am Dienstag von der Berliner Kriminalpolizei-Matrosen in mehrere Beamte nach Grimnitz zur Auffindung des Leichentuches entsandt. Die Beamten sind unverrichteter Dinge zurückgekehrt, da der Leich am Tage zuvor auf dem dortigen Gemeindefriedhof begraben worden war.

Wieder eine Unternehmung bei der roten Hilfe. Der frühere kommunistische Stadtrat der Stadtverordnetenversammlung in Karlsruhe wurde wegen Unterzeichnung von 120 Mark, die er zur roten Hilfe in Mannheim zur Ausgabe erhalten aber für sich verwendet hatte, zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Herabsetzung der Jagdsteuer. In einem Rundschreiben des Reichsfinanzministeriums und des Finanzministers vom Anfang vorigen Jahres war empfohlen worden, die allzu stark angehobene Jagdsteuer in Kreisen, in denen Jagdsteuerordnungen bestehen, herabzusetzen. Wie der Reichsfinanzminister mitteilt, erlauben dieselben Minister die betreffenden Kreise, die Herabsetzung möglichst rasch vom Beginn des Rechnungsjahrs 1926 ab vorzunehmen, da zu hohe Steuerhöhen unter den heutigen Verhältnissen eine obliegende Behandlung des Wildstandes gefährden können. In neuen Jagdsteuerordnungen und zur Veränderung bestehender Ordnungen ist die Zustimmung nur unter der Bedingung zu erteilen, daß der Steuerbetrag nicht über 10 v. H. und, sofern die Steuerordnung eine nach der Einführung des Oberverwaltungsgerichts vom 12. Mai vorigen Jahres zutreffende Differenzierung der Steuerhöhen nach der Kreisangehörigkeit vorzieht, nicht über 30 v. H. für nichtkreisangehörige, innerhalb des Reichs wohnende Jagdberechtigte hinausgeht. Empfohlen wird, von der Herabsetzung nichtkreisangehöriger Jagdberechtigte solche Personen auszunehmen, die im Kreise zwar keinen Wohnsitz, aber Grundbesitz haben und auf diesem Grundbesitz oder dazu gepachtetem Besitz das Jagdrecht ausüben.

Bedenkliche Methoden der Schuldenliteratur-Bekämpfung. Im Bildungsausschuss des Reichstages verurteilen die Reichsparteien immer wieder, das obgleich schon unrichtige Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzliteratur noch weiter zu verschärfen. Jetzt wollen sie sogar allen „bürgerlich-rechtlichen Kämpfern“, also den kirchlichen Gemeinden und allen frommen Vereinen, das Recht geben, die Aufnahme von Schriften auf die schwarze Liste beantragen zu können. Außerdem sollen von den Landesregierungen bestimmte Stellen das Recht der sofortigen Verschlagung erhalten, um ohne Prüfung sofort die Verbreitung einer Schrift unmöglich zu machen. Das Schlimme ist, daß nur dem Reichsminister, dem Buchhändler-Vereinblatt und den offiziellen Amtsblättern das Recht der Bekanntmachung der auf die schwarze Liste gesetzten Schriften ausstehen werden soll. Demgegenüber vertrat Genosse Dr. Löwenthal die Auffassung, daß die Landesjugendämter die allein antragsberechtigten Instanzen sein dürften. In ihnen sind alle Organe der Jugendpflege, auch die kirchlichen, vertreten. Den dussionalen Wunsch auf vorläufige Verschlagung bezeichnet er als einen Eingriff in die Rechte reichsrechtlicher Maßnahmen. Vor allem wandte er sich dagegen, aus den Verordnungen der verbotenen Schriften eine Geheimliste zu machen, wodurch zahllose kleine Buchhändler mit dem Recht in Konflikt geraten würden, weil ihnen das Verbot gar nicht zur Kenntnis kommt.

Waffenfunde in Mecklenburg. Die „Völkische Zeitung“ meldet aus Schwerin, daß auf einem Rittergut bei Cambz, das einem Herrn von Döhlen gehört, auf dem Scheunboden 40 Infanteriegewehre, mehrere Maschinengewehre mit dazu gehöriger Munition und Handgranaten gefunden sein sollen, die nach aus der Zeit der Schwarzjägerwehr stammen sollten.

## Aus aller Welt.

### Die Amerikaner siegen im Schlagschiffrennen.

Das 15. internationale Schlagschiffrennen im Berliner Sportpalast endete nach hartem Kampfe mit dem Siege der amerikanischen Gruppe Mac Namara-Horan. Rieger-Giorgetti haben den 2. Platz, die 3. Platz belegt. Das Schlußergebnis lautet wie folgt: 1. Mac Namara-Horan 509, 2. Rieger-Giorgetti 509, 3. Hahn-Tieh 199, 4. Tononi-Sowal 179 Punkte.

### Ein passives Preisauschreiben für Schüler.

Der Nationalbund für die Verhinderung des Krieges in Washington hat ein Preisauschreiben für Schüler aller Länder veranstaltet. Zwölf Preise von je 100 Dollar wurden ausgesetzt. Die drei Amliche Preisausschreiber sind: 1. der amerikanische Kultusminister, 2. der Provinzialgouverneur von New York, 3. der amerikanische Botschafter in London, die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten auf das Ausschreiben hinzuweisen.

### Leo Blech kehrt nach Berlin zurück.

Die in den letzten Tagen von Erich Kleiber persönlich geleiteten Verhandlungen haben das Ergebnis gehabt, daß Leo Blech am 1. April mit einem zehnjährigen Vertragsvertrag wieder als Generalmusikdirektor mit den gleichen Kompetenzen wie Kleiber in den Verband der Berliner Staatsoper tritt. Leo Blech, von dem vor allem eine Bedeutung auf dem Opernhauses der Volksbühne, der Kroll-Oper erwartet wird, hat schon früher 14 Jahre lang an der Berliner Staatsoper gewirkt und seine Stellung vornehmlich zwei Jahren wegen seiner Konflikte mit dem damaligen Intendanten des Schillings verlassen. Das Ausschreiben von Schillings hat also auch eine erfreuliche Folge gehabt.

### Noch eine Waise in der Familie von Mosbit geboren.

Bei den fortgesetzten Kämpfungsarbeiten auf dem Gräberfeld Rindstraße 9 wurde heute vormittag gegen 10 Uhr die Leiche der 68-jährigen Frau Maria Kellner, die ebenfalls im Hause Rindstraße 9 wohnte, geboren und dem Scherensaal zugeführt. Kellner hat im ganzen acht Tote geboren.

### Spezialverband eines Landbesitzers.

Einem Mitglied lebte in dem Dorf Beer ein Landbesitzer seine Schwägerin durch einen Schuß in die Schenkel. Darauf ver-

darum gerade für die Landwirte von Bedeutung, als im allgemeinen bei schnell sich verändernder Wetterlage die Wetterarten nicht mehr zutreffen und darum den Landwirten nicht den nötigen Vorteil gewähren. Dieses neue „Bild-Sunt-Gerät“ ist derartig gebaut, daß es an jeden Rundfunkempfänger mühelos angeschlossen werden kann. Professor Diekmann ist erst jetzt zu einer Veröffentlichung gekommen, nachdem ein brauchbares, für Massenverwendung leicht herstellbares „Bild-Sunt-Gerät“ fertiggestellt worden ist. Die Übertragung derartiger, aus Strichzeichnungen bestehender Bilder ist auch insofern leicht durch den Rundfunk auszuführen, als jedes Bild nur ganz wenige Minuten dauert.

### Das Ende eines Räuberzuges.

In Wilna ist der berühmte und berüchtigte Räuberhauptmann Ryp verhaftet worden, nach dem die Behörden der verschiedenen Regierungen schon seit 1910 gefahndet haben. Die Jarentregierung hatte seinerzeit einen Preis auf seinen Kopf gesetzt. Die Verwegenheit und Schlaueit des Räubers hatte ihn zu einer jagendunabehobenen Persönlichkeit gemacht, es gibt sogar Volkstücker über seine Taten. Als er alt wurde, sollte er seine Bande auf, die meisten Mitglieder haben sich nach Samojel-Rußland begeben. Ryp lebte unter angenommenem Namen als reicher Mann in Wilna, bis er nun doch erkannt und verhaftet worden ist.

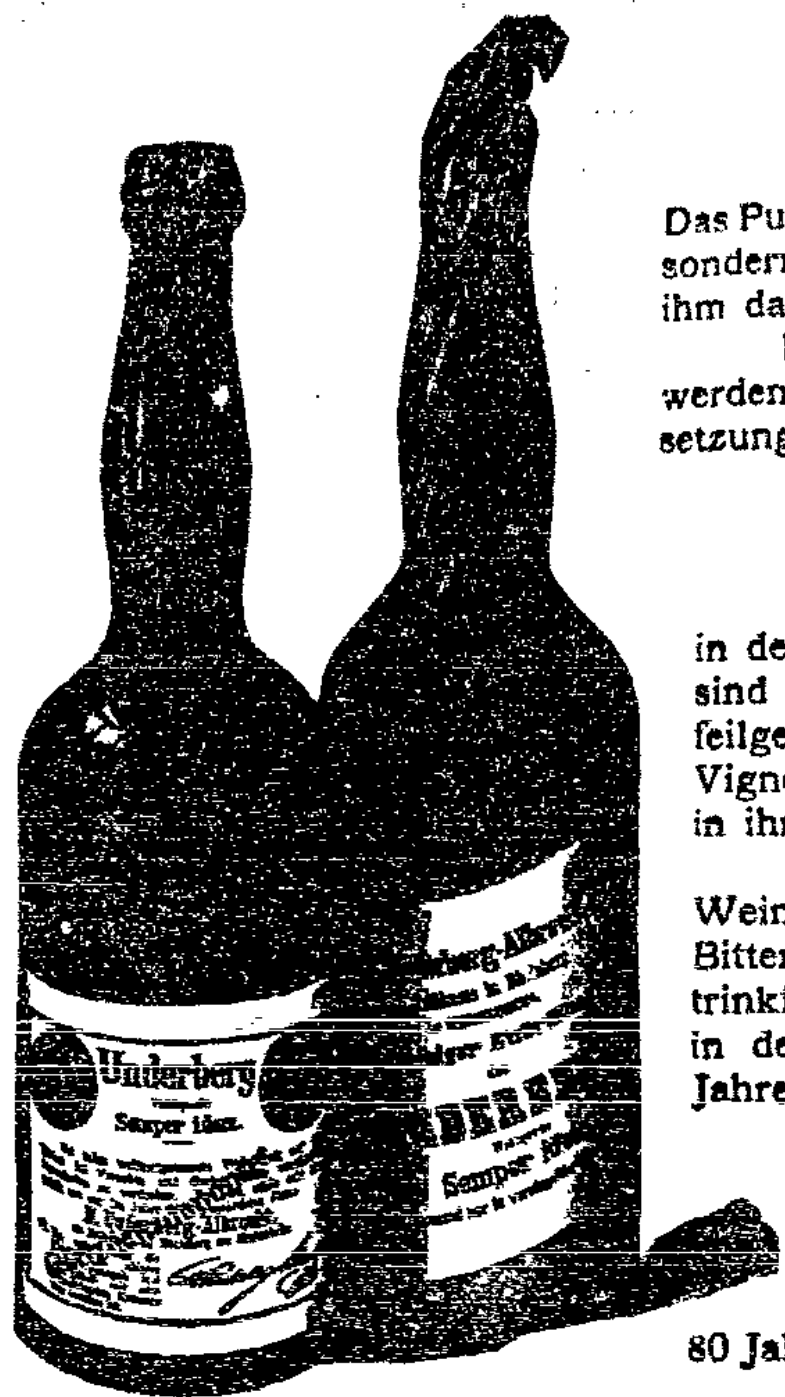
### Zusammenstoß zweier italienischer Militärflugzeuge.

Gestern nachmittag stießen in der Nähe von Rom zwei Militärflugzeuge, die in einer Höhe von ungefähr 1000 Meter Uebungen ausführen, zusammen und stürzten ab. Die beiden Offizierspiloten waren sofort tot.

### Die Kälte in Oberitalien.

In Oberitalien dauert die Kälte nach wie vor an. In Turin sank die Temperatur bis zu 14 Grad. In Mailand wurden wegen der Kälte gefahren die Schulen geschlossen. In Mailand sind zwei in Turin eine Person gefroren. Der Verkehr zwischen Riva und Rovereto mußte infolge eines heftigen Schneesturms auf mehrere Stunden unterbrochen werden. In Trient haben 15000 mehrere Kilometer und wurde gerufen. Bei St. Croce wurde ein Auto von einem Berg herabgeworfen. Es gelang dem Chauffeur, durch geschickte Manöver das Auto zu retten und die Insassen zu verheilen.

# Underberg



Das Publikum, welches meine Ware kaufen will, verlangt nicht immer ausdrücklich „Underberg“, sondern Boonekamp oder echten Boonekamp und glaubt, besonders im letzteren Falle, dass ihm dann mein Fabrikat „Underberg“ geliefert werden müsse. Diese Auffassung ist irrig. Das Wort „Boonekamp“ ist Freizeichen und kann deshalb von Jedermann gebraucht werden. Darum bringe ich seit dem 14. Oktober 1916 mein Fabrikat, dessen Zusammensetzung streng gewahrtes Geheimnis meiner Firma ist, nur noch unter der Warenbezeichnung

## Underberg

in den Verkehr. Die Warenbezeichnung „Underberg“ und der Wahlspruch „Semper idem“ sind mir gesetzlich geschützt. Unter diesen Bezeichnungen darf daher nur mein Fabrikat feilgeboten oder verkauft werden. Ausserdem sind mir auch Ausstattung, Etikett und Vignette meines Fabrikats (vergl. nebenstehende Abbildung) geschützt, und zwar sowohl in ihrer Gesamtheit, wie in den charakteristischen Einzelheiten.

Die Fabrikation des „Underberg“, welcher aus den edelsten Kräutern und feinstem Weinsprit hergestellt wird, erfordert viele Monate. Derselbe ist deshalb nicht mit anderen Bitterfabrikaten, speziell mit solchen, welche aus Essenzen hergestellt und in 1-2 Tagen trinkfertig sind, zu vergleichen. „Underberg“ bildet eine Klasse für sich. Sein Wert liegt in der einzig dastehenden, anerkannt vorzüglichen Qualität, die seit der Gründung im Jahre 1846 stets dieselbe geblieben ist, getreu seinem Wahlspruch

## Semper idem

Bei Magenverstimmungen und Verdauungsstörungen hat sich „Underberg“ seit beinahe 80 Jahren als wirksamstes Hausmittel bewährt. „Underberg“ sollte in keiner Familie fehlen.

**Man verlange stets ausdrücklich „Underberg“.**

Gegründet 1846.

**H. Underberg-Albrecht in RHEINBERG (Rhd.)**

Gegründet 1846.

Lager: Breslau, Goethestr. 10<sup>a</sup>. Bruno Heinke. Telefon: Ohle 685. Stephan 30685.

### Stadt-Theater

Donnerstag 7 1/2 Uhr:

**Carmen.**

Freitag 7 1/2 Uhr:

**Die Fledermaus**

(Mit Falschings-Enlagen)

Sonntag 8 1/2 Uhr:

**Die Meistersinger von Nürnberg.**

### Bereinigte Theater

**Lobetheater**

Schiffstr. 8, Tel. Nr. 6774.

Donnerstag, Freitag

abends 8 Uhr:

**Legte Gattin**

**Asta Nielsen**

**Rita Cavallini**

Schauspiel von Schellon

Gewöhnliche Preise.

**Thalia-Theater**

Schweitzer 3, Tel. Nr. 6700

Donnerstag

abends 8 1/2 Uhr:

**Alte Preise.**

**Kasale und Liebe**

Donnerstag, Freitag

abends 8 Uhr:

**Bedent. erwäh. Preise.**

**Der Kreidekreis**

Chinesisches Spiel

von Liebund.

### Schauspielhaus

Operettenbühne.

Tel. Stephan 37460.

abends 8 Uhr:

**Gottfried Ein Leax**

Hauptrolle Walter Lohm

In neuer Ausstattung:

**Die Zerebrina**

Sonntag nachmittag 5 1/2 Uhr:

Hauptrolle Walter Lohm

In neuer Ausstattung:

**Der Orlow.**

Schöne elegante

**Stadt-, Hof- u.**

**A. Palanog**

Schauspielstr. 3.

Telefon Ohle 172.

## EMILE

## VERHAEREN

Die „Volkswacht“ schreibt:

„Die Gesinnung dieses Buches ist die, die wir wünschen und lieben. Die Sehnsucht nach dem Sturz der Gewaltherrschaft, die Begeisterung für den Völkerfrieden haben dieses Werk entstehen lassen...“



# DIE MORGEN-RÖTE

Ein Drama.

**Preis 3.50 Mk.**

(Auch auf Buchkarte) durch die

**Volkswacht-Buchhandlung, Berlin 3, Invalidenstr. 5.**

## Biochemie

Dr. med. Schäßler

Freitag, den 22. Januar, abends 8 Uhr, in „Bräuer-Festsaal“, Gabsitzstr. 22

### Vortrag

des Herrn Dr. med. W. Beyer-Pforten über **Biochemie und Ernährung**

Mitglieder frei.

Gäste 20 Pf.

**Biochemischer Verein Breslau, gegr. 1913, E. V.**

Gemeinnütziger Verein zur Hebung der Volkswohlfahrt durch Dr. med. Schäßler's Mineralstofflehre. Der Vorstand.

# Langstadt's Inventar-Ausverkauf

beginnt

**25.**

Januar!

Das gesamte Warenlager in

## Baumwollwaren, Wäsche Trikotagen

restlos im Preise herabgesetzt, vielfach auf die Hälfte zum Teil bis auf ein Viertel des regulären Preises.

Kommen Sie, prüfen Sie

**Ohlauer Straße 66**

**Ohlauer Straße 60**

**Reuschestraße 42**

### Liebig-Theater

Telefon: Stephan 34646

Täglich 8 Uhr:

### Eisbad am Königsplatz

Donnerstag u. Freitag 11 Uhr: 7. Eintritt

Jeden Abend 11 Uhr: 10. Eintritt

12 Uhr: 15. Eintritt

14 Uhr: 20. Eintritt

16 Uhr: 25. Eintritt

18 Uhr: 30. Eintritt

20 Uhr: 35. Eintritt

22 Uhr: 40. Eintritt

24 Uhr: 45. Eintritt

### Möbel

Wische, Schrank, Kommode, Schreibtisch, Küchenschrank, Bett, etc.

billiger.

14. Fuchs

16. Fuchs

18. Fuchs

20. Fuchs

22. Fuchs

24. Fuchs

### Internationaler Variété

Eintrittspreise von 0.75 bis 1.50

Jeden Sonntag 8 1/2 Uhr:

Neuzeitliche Vorstellungen

zu hohen Preisen.

Agenda über Nacht

## MASKEN

Am Wäldchen 24.

**Sozialdemokratische Partei**  
 Partei-Sekretariat:  
**Gewerkschaftshaus, Zimmer 36**  
 Telefon: 581-582  
 Abteilung Oberer.

Sonabend, 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr, Funktionär-Zusammenkunft bei Götz, Ecke Ender- und Resenstraße. Wichtige Tagesordnung. Jeder Funktionär, auch Stellvertreter, muß bestimmt erscheinen.

Distriktsführer, Abteilungsleiter, Frauenleiterinnen. Freitag, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung des erweiterten Parteivorstandes im Gewerkschaftshaus, Zimmer 12.

Abteilung Oberer. Alle Funktionäre müssen am Freitag, abends 7 1/2 Uhr, zu einer wichtigen Sitzung bei Götzlich erscheinen. Kein Funktionär darf fehlen!

Jugendkassen. Unsere Liebfrauen-Darstellung findet bestimmt Donnerstag, den 28. Januar, statt. Ort: Monistische Gemeinde. Anfang 8 Uhr.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, 21. Januar.

**Jugendwohlfahrtspflege.**

Im Rahmen der Vorträge für die Beamten und Angestellten der städtischen Jugendämter sprach der Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes Sprötz, Genosse Giese, über Jugendwohlfahrtspflege. Von der Not der Jugend ausgehend, die unter dem Kriege und seinen Folgen in unglücklichem Maße die Erwachsenen zu leiden hat, entwickelte er in feinsinniger menschlicher Weise den Geist der Jugendwohlfahrtspflege. Nur einem der wichtigsten Zweige öffentlicher Wohlfahrtspflege — die Jugend zu fördern und zu pflegen, ist ein Gebot der Selbsterhaltung der Gesellschaft — hat das Volk endlich die dringende nötige Einheit der Aufgabe und ihrer Durchführung über das ganze Reich geschaffen, an die Stelle einer Anzahl von Gesetzen und Verordnungen zum Schutze der Jugend ein klares, Entdeckungen förderndes, nicht hemmendes Rahmengesetz stellt. Die mannigfaltigen Aufgaben der Jugendämter (Kriegs- und Wehrdienst, Vormundschaft, Fürsorge, Schulaufsicht, Jugendgerichtsbefugnisse usw.) sind der Vortragende interessante Beispiele für die Wirksamkeit einer recht verstandenen und geübten Jugendpflege. Mehr als in jedem anderen Zweige der Wohlfahrtsarbeit kommt es bei ihr darauf an, daß sie nicht schematisch als bloße Behördenarbeit geleistet, sondern vom Geiste der Menschlichkeit, des Verständnisses und der Freude an der Jugend getragen wird. Die in ihren Erfolgen so häufig fehlgeschlagenen Fürsorgeleistungen sind nicht Zwangsleistung, sondern ein Gebot der Menschlichkeit, das Verständnis und die Freude an der Jugend getragen wird. Die in ihren Erfolgen so häufig fehlgeschlagenen Fürsorgeleistungen sind nicht Zwangsleistung, sondern ein Gebot der Menschlichkeit, das Verständnis und die Freude an der Jugend getragen wird.

Straßenbahnen und wenn der „Koffer“ so schön im Zuge ist, klammert sich niemand um Autos und Radfahrer. Ein Schreden für die Erwachsenen sind gegenwärtig auch die „Koffer“ auf den Bürgersteigen. Alles dieses, und die Folgen unüberlegter Handlungen wurden den Kindern zu Gemüte geführt, die „Koffer“ gewiß nicht so bald vergessen werden. Auch Erwachsenen sollte man solche Vorträge halten. Es würde dadurch gewiß mancher Unfall verhütet und dem Fußgänger mehr Selbstsicherheit im Straßenverkehr gegeben werden. Zu bedauern wäre nur, wenn das großangelegte Aufklärungswerk der Verkehrspolizei an mangelnden Mitteln scheitern würde. Wenn man die primitive Art der Vorführung in unzulänglichen Sälen sieht, fragt man sich, warum geben unsere großen Volksspielschüler nicht ihre Räume für derartig wichtige Zwecke her, zumal mindestens 80 Vorträge mit je 500 Kindern notwendig sind, um alle Kinder aufzuklären. Auch könnte man die Lichtbildvorführungen dadurch noch nachhaltiger gestalten, daß man von den verkehrsreichsten und gefährlichsten Stellen unserer Stadt Maßnahmen macht und entsprechend demonstriert.

Anschließend an den Verkehrsfilm wurde ein Film von der Herkunft der Maginot-Linie gezeigt und den Kindern eine Kostprobe verabreicht.

**SWD.-Funktionäre!**

Freitag, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses wichtige

**Versammlung.**

Ohne gelbe oder rote Ausweis Karte und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

**Der Heftaler.**

Die jährliche Sparkasse meint es gut mit den Neugeborenen — und mit sich. Um den Spartrieb zu wecken, legt sie jedem jungen Breslauer zwei gute deutsche Reichsmark in die Wiege. Die sollen sich durch Spararbeit langsam vermehren. Deshalb heißt das Geschenk ein „Heftaler“. Ein gut gemeinter Name. Aber neulich hat er doch ein Elternpaar schwer gekränkt. Und die junge Mutter hat tief beleidigt für ihren Sprossen auf den Heftaler verzichtet, denn... sie sei kein Karnikel. — Eine wehre Geschichte! Und betrübtlich ist sie außerdem, wenn es auch nur ein armes Mißverständnis war. Was soll nun werden? Soll der Name verschwinden und der Taler etwa dazu? — Der Magistrat grüßelt emsig darüber.

**An alle Parteigenossen!**

Diesen Sonntag veranstaltet das Heim 10/12 der Arbeiterjugend in dem Zeichenaal der Pestalozzischule einen lustigen Spattenspieltabend. Die Veranstaltung beginnt um 8 1/2 Uhr. Der Reinertrag dient zur Ausschmückung des Heimes.

**Ueber die schwierige Lage des Einzelhandels**

sprach am Montag abend in einer gut besuchten Mitglieder-Versammlung des Vereins Breslauer Detaillisten in der Reichen Börse der Landtagsabgeordnete und Syndikus der Sächsischen Einzelhandelsgemeinschaft, Professor Dr. Kallner-Dresden. Der Redner führte aus, daß das deutsche Volk einen unerhörten Konsum gemacht habe und daß es erstaunlich sei, daß es sich aus diesem Chaos überhaupt wieder retten konnte. Das war in der Zeit der ungeliebten Inflation. Aber schon wieder drohen dem deutschen Wirtschaftsleben riesengroße Gefahren. Das Dames-Gulachten und der Londoner Vertrag sollten die deutsche Wirtschaft wieder in Gang bringen, aber das deutsche Volk hat diese Kampagne sträflich veräußert. Daß der Staat wesentlich mehr Steuern aus dem Volke herausgepreßt hat, als veranschlagt waren, ist eine Laubhude, unter deren Folgen wir jetzt zu leiden haben. Durch Lohn- und Einkommensteuer ist das deutsche Volk förmlich ausgelogen worden. Die Finanzreform und die Zollpolitik haben nicht das gebracht, was sie bringen konnten, sie haben weder die notwendige Entlastung noch die Vereinfachung gebracht. Der einzige Vorteil ist der, daß die Inflationssteuererhebung auf die feste Währung umgestellt worden ist. Während die Erhebungskosten im Frieden 100 Millionen betragen, beziffert sie sich jetzt auf 300 Millionen. Die Steuer stellt oft eine so ungeheure Belastung dar, daß sie nicht gezahlt werden kann. Die Belastung der Steuerzahler durch die häufigen Steuererklärungen ist recht groß. Die Kaufmannschaft verlangt, daß die Bilanzen anerkannt werden. Das Problem der Spararbeit müsse mehr durchdrungen werden. Doch sollte man nicht Menschen, deren Arbeitskraft wertvoll ist, auf die Straße setzen und wohlverordnete Rechte einfach beseitigen. Die Wirtschaft der Beamten während der Inflation trotz niedriger Gehälter müsse wohl anerkannt werden, doch verlangt auch der Kaufmann Verständnis und Anerkennung seiner Arbeit. Der Einzelhändler fordert keine Vorteile für seinen Stand, sondern stellt sich zur Gesamtheit und fordert mit und für sie. Der Einzelhändler erfüllt im gesamten Wirtschaftsleben des Staates eine wichtige Funktion, und ihm ist eine ungeheure Verantwortung aufgelegt. Hat man doch in den Vereinigten Staaten statisch nachgewiesen, daß das halbe Gesamteinkommen der Nation durch die Hände des Einzelhandels geht. Für Deutschland gilt dies in verstärktem Maße. Der Einzelhändler ist der Treuhänder des Verbrauchers. Von der Inflation am stärksten betroffen wurden die Kleinrentner, Lohnempfänger und auch die Einzelhändler. Was man ging der Redner eingehend auf die Preisbildung der Kaufmannschaft ein. Diese war von vornherein zum Scheitern verurteilt. Denn wenn sich auch die Ermäßigung der Umsatzsteuer auf die Preisgestaltung auswirken mußte, so konnte dies nicht vom 1. Oktober ab geschehen. Als Dr. Kallner damals die Preisentwertung verpackte, gerieten die Massen zuerst in völlige Verwirrung, die nur zu bald einer Verbitterung Platz machte. Zu einer Zeit, als verlangt wurde, daß abgebaut werden sollte, zogen die Preise im Großhandel durchweg an. Beim Reich selbst ist vom Abbau auch jetzt noch nirgends etwas zu merken. Selbst die Eisenbahn hat die Pfennigrechnung, die für den Kaufmann gefordert wird, bis heute nicht eingeführt. Dann sollte der Kampf gegen die Kartelle ein. Der Redner steht auf dem Standpunkte, daß die Kartelle unter gewissen Voraussetzungen durchaus wirtschaftliche Vorteile bieten. Die Preisfestsetzung hängt von zwei Faktoren ab, von der Konkurrenz und natürlich auch von den Vorlieferanten. Mit der Devisen-10 Prozent unter dem Einkaufspreis läßt sich keine Gesundung der Wirtschaft durchführen. Die Preise bei den letzten Ausverkäufen liegen tatsächlich um Teil unter den Einkaufs- bzw. Selbstkostenpreisen aus der dringenden Geldnot heraus. Der Einzelhandel ist ganz entscheidend gegen jede Monopolisierung auf dem Weltmarkt. Der Redner machte dann schließlich noch einige praktische Vorschläge, man solle die Lager verkleinern, um das Risiko und den Geldverlust zu verringern. Das Prinzip, dem Kunden unter allen Umständen etwas aufzuweisen, ist heute fast allgemein verlassen. Das Streben nach Qualität ist nur genommen. Der Konsument muß dazu gezwungen werden, vernünftig und kritisch zu wählen. Beim Durchhalten des Einzelhändlers während der Krise kommt es darauf an, das Geschäft so zu führen und sachgemäß zu führen. Die Krise, in deren Anfang wir stehen und deren Auswirkungen wir noch erleben werden, wird eine wirtschaftlich wichtige Reform notwendig machen. Die Kauf-

lust braucht nicht angeregt zu werden, die Masse möchte gern kaufen, kann aber nicht; ebenso hat auch der Einzelhandel kein Interesse an hohen Preisen, sondern an großem Umsatz. Trotzdem wird die Krise überwinden werden schon liegt die Arbeitslosigkeit nicht mehr in dem rasenden Tempo weiter, die ausländischen Exporte möhren sich, und Amerika hat wieder Vertrauen zur deutschen Wirtschaft gezeigt. Wenn wir unter schweren Opfern und harter Arbeit weiterstreben, helfen wir mit am Aufbau unseres Vaterlandes.

Die vier einhändige Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Kaufmann Graeffner, der Vorsitzende des Vereins Breslauer Detaillisten, betonte noch einmal die Notwendigkeit einer starken Organisation. Zu Beginn der Versammlung hatten sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kaufmanns M. Ehrlich, der auch einige Jahre dem Vorstand der Detaillisten angehört und bei zahlreichen Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaften mitgewirkt hatte, von ihren Plätzen erhoben. Am Schluß der Versammlung wurde noch auf die schwere Gefährdung der Existenz dieser Einzelhändler durch die geplante Abwägung des Metierschutzgesetzes hingewiesen.

**Wintersport in und um Breslau.**

Die schlechten Zeiten machen es den meisten Breslauern leider unmöglich, zum Wintersport ins Riesengebirge oder gar nach Garmisch-Partenkirchen zu fahren und so muß auch hier ein Ersatz herhalten, ähnlich wie das Babelleben an der Ober im Sommer gewissermaßen als Ersatz für den Wintersport dient. Der Schnee, der vor einigen Tagen gefallen ist und überall noch liegt, wo weder Autos noch Fuhrwerke ihn zu „Mensch“ verwandeln können, hat es besonders den Kindern angetan. Die froh sind, sich mit ihren Schlitten so recht nach Herzenslust tummeln zu können. Besonders auf dem Exerzierplatz herrscht großer Rodelbetrieb. In Ermangelung eines Hügels muß die Schloßterrasse als Rodelbahn dienen und es macht den Kleinen riesigen Spaß, mit den Schlitten hier herunterzurutschen, wieder herauszulaufen und das Spiel so lange zu wiederholen, bis die Baden und Kälte spitzen rot davon werden. Wegen der geringen Anhöhe sind Unfälle dabei nicht zu befürchten und im Notfall sind ja auch einige Kindermädchen zur Stelle, um eventuell Samariterdienste zu leisten.

Früher, „zu Wilhelms Zeiten“, fand ein Doppelposten vor dem Schloß und wenn ein Kind es gewagt hätte, dort zu todeln, so wäre das wohl als eine Verhöhnung königlichen Besitzes aufgefaßt worden und Gott weiß wie viel Altkapier und Linte ein solcher „Fall“ erfordert hätte. Heute, im freien Volkstaat, ist das erlaubterweise anders und kein Mensch wird gegen den Sportbetrieb am ehemaligen Kaiserhof etwas einzuwenden haben. Die Zeiten ändern sich eben und wir uns auch!

Das Bedürfnis nach Wintersport ist aber auch in den Erwachsenen und so ist es kein Wunder, daß besonders alle nur irgendwie hierfür geeigneten Böschungen und Anhöhen in Breslau herum zu Sportzwecken benutzt werden, solange der Schnee noch darauf liegt.

Auf den sonst kahlen Sandhügeln am Flutkanaal hinter Paez heute herrscht am letzten Sonntag ein wahrer Sporthochbetrieb und dies umso mehr, weil diese Hügel ja wie ein Gebirgszug wirken. Für Rodeler und Schlittler also ein Eldorado und — richtiggehend der Riesengebirgser Hof. Auch an den Wochenenden herrscht hier ein lustiges Treiben, wenn auch freilich nicht in dem Maße, als an den Sonntagen. Natürlich mischt sich hier wie überall auch stets die Jugend unter die Schaar der Erwachsenen und man kann nur immer wieder feststellen, daß trotz aller Not der Drang nach sportlicher Betätigung sich gerade bei der Jugend elementar auswirkt.

Vorläufig steht das Luedlber noch unter Null. Damit ist die Hoffnung gegeben, daß der Schnee noch liegen bleibt und die Sp. freuden nicht logisch gerinnen. Vielleicht ist Weiss noch gnädig und läßt auch noch etwas Neuschnee fallen. Auch könnte eine nicht zu starke Kälte auf den Breslauer Wintersport nur vorteilhaft wirken. Abgesehen davon ist etwas Kälte immer noch besser als Wärme. — Auch die Eisbahnen erfreuen sich reger Benützung.

**Mayers Villa versteigert.**

Die Villa des früheren Stadtkommissars Mayer, Eichenbarkstraße 6/8, in deren Räumen Mayer mit der Frau Emma Hahn so manches Gelage gab, an dem Leute aus den besten Gesellschaftskreisen teilnahmen, ist am Montag im Wege der Zwangsauflösung versteigert worden. Die Villa war auf den Namen der Frau Hahn im Grundbuch eingetragen und hatte einen Schätzwert von 45 000 Mark. Vor dem Amtsgericht wurde sie nunmehr dem Drogeriebesitzer Bruno Schwante für 40 100 Mark zueislagen. Zu dem Versteigerungstermin waren eine Anzahl Gläubiger und Interessenten erschienen. Der Hauptgläubiger der Frau Hahn, Dr. Fall, der eine Forderung von 22 000 Mark hat, hatte den Antrag auf Zwangsauflösung gestellt. Zu den Gläubigern zählt auch der Magistrat der Stadt Breslau, der durch den Rechtsanwalt Dr. Nothmann vertreten war. Die Kaufsumme war nicht sehr groß; denn die zuerst gebotene Summe von 5000 Mark wurde erst nach einem Zeitraum von etwa 1/2 Stunden etwas heraufgetrieben. Bei einer Höhe von 37 000 Mark hörte der Vertreter der Stadt auf, mitzubieten. Ueber diesem und dem Hauptgläubiger Dr. Fall, kamen als ernsthafteste Konkurrenten nur noch der Drogeriebesitzer Schwante und der Drogeriebesitzer Schwante in Betracht und letzterer konnte sie dann auch für 40 100 Mark sein eigen nennen.

**Was Sittenmädchen für Miete zahlen müssen.**

Es ist bekannt, daß Sittenmädchen das Vielfache an Zimmermiete bezahlen müssen, wie andere in möblierten Zimmern Wohnende. Offenbar wollen die Behörden aber jetzt energischer jenen zu Leibe gehen, die die Miete der Sittenmädchen allzu sehr ausbeuten. Darnehmlich sind es ja nur ganz bestimmte Straßen, in denen Sittenmädchen wohnen, und wie mehrere Verhandlungen am Mittwoch vor dem Großen erweiterten Schöffengericht ergaben, müssen diese Mädchen, lediglich für das möblierte Zimmer, 5 bis 8 Mark pro Tag bezahlen. Ein typischer Fall von Wucher war der der Zimmervermieterin Alina Schuner von der Grenzhausgasse. In ihren jüngeren Jahren war die Angeklagte selbst mehrere Male mit der Sittenpolitik im Konflikt gekommen. Später heiratete sie, doch wurde ihr Mann bald einer Anstalt als unheilbar geisteskrank überwiesen und nun vermietet sie Zimmer an Sittenmädchen, woraus sie eine recht einträgliche Einnahme zu verzeichnen hatte. An zwei Mädchen vermietete sie je ein Zimmer und jede mußte pro Tag 5 Mark bezahlen, das sind also 300 Mark monatlich. Daraus hat sie selbst gegenwärtig eine Miete von 45 Mark monatlich zu zahlen. Sie entschuldigte ihre hohe Forderung damit, daß die Mädchen meist wie andere Mieter die Möbel abnutzen und auch viel Wäsche benötigen. Schließlich mußte sie auch eine gewisse Miteprämie in die Miete mit einzukalkulieren, da sie sich der Gefahr aussetze, wegen Ruppelbetrugs zu werden. Auch haben ihre die Mädchen oftmals freimüthig mehr bezahlt, als sie gefordert hat. Der an Gerichtsstelle vernommene Sachverständige hielt aber einen Tagespreis von 5 Mark für viel zu hoch und hielt unter den gegebenen Umständen einen solchen von höchstens 2,50 Mark für angemessen. Demzufolge ließ das Gericht eine übermäßige Preisforderung für vorliegend und erklärte, daß die Angeklagte die Miete auf 10 Mark pro Tag herabzusetzen oder auf vier Tage beschränken. Der übermäßige Gewinn wurde eingezogen. In einem anderen Falle soll ein Zimmervermieter von der Kleinen Grenzhausgasse 10 und 8 Mark pro Tag von den Sittenmädchen, die bei ihm gewohnt, verlangt haben. Diese Verhandlung wurde jedoch vertagt, da noch mehrere Verhandlungen zu machen sind.

**Verkehrsaufklärung der Breslauer Schulkinder.**

Es ist gewiß anerkanntswert, daß die Breslauer Verkehrspolizei kein Mittel ungenützt läßt, das Publikum über die Gefahren des Straßenverkehrs und deren Verhütung aufzuklären, doch scheint es ihr offenbar an den nötigen Mitteln zu fehlen, eine solche Aufklärung in großem Maßstabe und in besonders dazu geeigneten Räumlichkeiten zu betreiben. Jedenfalls wurde die durchaus lobenswerte Mühe, vor allem die Schulkinder über Verkehrsfragen zu informieren, dadurch am Dienstag nachmittags etwas hinsichtlich, daß man aus Sparmaßnahmen den Aufklärungsfilm in Verbindung mit einem „Magnum“ bringen mußte, wodurch natürlich die gewöhnlichen Eindrücke vom Straßenverkehr erheblich abgeschwächt wurden.

Die Verkehrspolizei hat sich zum Ziele gesetzt, auch und nach die 45 000 Breslauer Schulkinder mit den wichtigsten Regeln im Straßenverkehr vertraut zu machen. Die erste derartige Veranstaltung fand am Dienstag nachmittags bei Folger auf der Dixerer Straße statt, zu der die oberen Klassen der umliegenden Schulen mit ihren Lehrern und dem Rektor erschienen waren. Oberleutnant Bierel hatte in einem kurzen Vortrag bald die richtige Fühlung mit den Kindern gewonnen, die mit größtem Interesse die an sie gerichteten Fragen beantworteten und nach der Antwort zu urteilen, auch unsere neue Verkehrsordnung nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch bereits genau kennen. Jedenfalls wußten sie zum Beispiel ganz genau, was sie zu tun haben, wenn der Verkehrspolizist, der in weichen Handschuhen zur Unterstützung des Vortragenden zur Stelle war, diese behändigten Hände hebt, frezt oder senkt. Die vorangegangenen Lichtbilder zeigten zum Teil recht eindrucksvoll, wie sich der Fußgänger im Straßenverkehr zu benehmen hat. Das Rechtsgehen scheint auch in unserem lieben Breslau vorläufig ein Wunsch zu bleiben, wie man täglich in den Straßen beobachten kann. Eine noch schwierige Lösung dürfte die alte Verkehrsregel: „Rechts ausweichen und links überholen“ finden und wie schwer es dem Publikum wird, Straßen und Plätze stets rechts in die Richtung zu überfahren. Nicht man in allen Gegenden der Stadt, wenn der hilfsbereite Verkehrsbeamte den Fußgänger am Arm nimmt und ihn den graden Weg auf die gegenüberliegende Straßenseite führt. Beim Überfahren des rechten eines Fahrdammes soll man immer zuerst die Augen nach links wenden und dann nach rechts. Besonders gefährlich für den Fußgänger ist das Herumgehen um einen Wagen, aber das Hindurchgehen zwischen zwei Gefährten, da man da nach keiner Seite hin eine Übersicht über die Straße hat. Steht der Fußgänger aber auf dem rechten Verkehrsband und besetzt keine Zeilen, so kommt man ohne Unfall auch über die verkehrsreiche Straße hinweg. Ein Kapitel für sich ist das Spielen der Kinder auf den Straßen. Im Spielplatz und Anlagen besteht ein Mangel und so muß sich in manchen Stadtteilen die Jugend auf den Straßen verhalten. Dies sind die Gefahren, besonders groß. Denn ein spielendes Kind achtet nur wenig auf die



# Gewerkschaftsbewegung.

## Verhandlungsbereitschaft des IGB mit Moskau.

### Eine Erklärung Stenhuus'.

Am Herbam, 20. Januar. (Eigener Bericht.) In „Det Väst“ erklärt Genosse Stenhuus, daß der Internationale Gewerkschaftsbund jederzeit zu Verhandlungen unter keiner Bedingung bereit wäre, sobald die russischen Gewerkschaften den Wunsch äußern, sich an die Antarktis-Verhandlungen anzuschließen. Bei der Aufnahme würde ihnen unbedingt ein Votum im Vorstand des IGB einzubringen werden und man würde ihnen auch anbieten, daß sie nicht jede Verbindung mit den kommunistischen Gewerkschaftszentralen aufzugeben brauchen. Jedoch müsse der IGB seinen eigenen Standpunkt wahren, wenn die Russen nach wie vor eine neue Gewerkschaftsinternationale ins Leben rufen wollten. Sollten die Russen etwa beabsichtigen, sich zu „Meinungen“ gemacht werden sollten, so könne demgegenüber fest, daß im IGB jeder auf seine Art tätig werden könne. Das eine müsse der IGB beanspruchen, daß die kommunistische Zellenbildung unausweichlich eingeleitet wird. Wenn die Russen bereit wären, mit der westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung zusammenzuarbeiten, dann könnten sie die Brücke zwischen dem Profetat der Westens und dem des Ostens bilden, und es würden sich neue, ungeahnte Möglichkeiten für den internationalen proletarischen Klassenkampf ergeben.

Diese Erklärung Stenhuus' besagt im Grunde daselbe, was von Dubegeest, Leipart und Janhuug bereits des öfteren betont, aber von der kommunistischen Presse mit erkauflicher Hartnäckigkeit totgeschwiegen wurde. Ob Moskau mit diesem neuerlichen Angebot zufrieden sein wird, bleibt abzuwarten, denn der Einfluß Solowjow's in den russischen Gewerkschaften ist trotz der Hemmnisse, die ihm durch Tomski begegnen, ein noch zu harter, als daß die Anerkennung der hier gestellten Bedingungen durch Moskau ohne weiteres vorauszusetzen wäre.

### Beinahe wie unter der Gefindeordnung.

Der Rittergutsbesitzer Hoffmann in Leutersdorf bei Jitzan in Sachsen hat den bei ihm Beschäftigten einen „Arbeitsvertrag“ zur Unterschrift vorgelegt, der an die Sklavenszeit der Landarbeiter vor dem Kriege erinnert. Danach muß sich der Beschäftigte verpflichten:

„Allen Anordnungen unbedingt Folge zu leisten, müßig, fleißig und ordnungsmäßig zu arbeiten, in der Ernte in dringenden Fällen auch Sonn- und Feiertags zu arbeiten“, eine tägliche Arbeitszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends zu leisten (im Sommerhalbjahr), zwei Stunden vorher zu füttern usw. Für „Verfehlungen“ sind Strafen von 3 Mark für die Urmentalle vorgezehen usw.

Ganz reaktionär sind folgende Bestimmungen: Bei „Widerlichkeit, beharrlichem Ungehorsam, Anreizung der Mitarbeiter zum Vertragsbruch usw. ist der Gutsbesitzer zur Entlassung ohne Kündigungsfrist berechtigt. Dann ist die Wohnung binnen drei Tagen zu räumen.“

Nun kommt das Tollste, eine Art Sklavenhandelsbestimmung: § 9. Im Falle des Verkaufs oder des Verpächters des Gutes ist der Gutsbesitzer berechtigt, mit dem Käufer oder Pächter dessen Eintritt in diesen Vertrag zu vereinbaren, ohne daß es der Zustimmung des ... bedarf.

Wenn sich die Landarbeiter rechts im Deutschen Landarbeiter-Verband organisieren würden, wären solche Ungehörlichkeiten unmöglich!

### Die Jahresversammlung der Holzarbeiter.

Am Dienstag tagte im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Jahresversammlung der Holzarbeiter. Den Geschäftsbericht gab der Bevollmächtigte, Kollege Kuntze. Er wies auf die wirtschaftliche Entwicklung hin, die in Deutschland sich äußerst ungünstig gestaltet. Die Ursachen, verschiedenster Natur, können offensichtlich in einzelnen Dingen verfolgt werden. Die Vollständigstellung des Staates erschwert die Erwerbsmöglichkeiten in den verschiedensten Industrien, nicht zuletzt auch in der Holzindustrie. Die Abhängigkeit in dieser Industrie auch für das Inland erklärt sich auch aus den sehr bekannten Dingen, des Wohnungsmanagements und der schlechten Kaufkraft, insbesondere der arbeitenden Bevölkerung. Betriebe schließen — Einzelentlassungen und Gesamtentlassungen sind tägliche Erscheinungen. Heute schließt ein Betrieb, in acht Tagen wird wieder gearbeitet. Trotzdem hat die Organisation nicht schlicht abgehandelt. 941 Neueintritte sind im letzten Jahre erzielt. Vier Lohnkämpfe, teils mit Streik, teils mit Aussperrung, sind geführt worden. Die Steigerung der Löhne ist nicht ausreichend gelungen, jedoch sind in den einzelnen Branchen 14—40 Prozent Steigerungen gegenüber Ende 1924 erzielt worden. Den Kollegen sind ganz ansehnliche Summen an Unterstützung zugefallen. Die Erfolge müssen genügend gewürdigt werden und besonders den Unorganisierten zeigt, daß sie Schuld nicht, wenn im einzelnen manches nicht erreicht ist. Kollege Bernhart als Kassierer weist darauf hin, daß aus dem gedruckten Bericht zu entnehmen ist, daß die Defizitkasse mit einem Ueberschuß von über 6000 Mark abschneidet. Einnahme war 41.810,35 Mark, Ausgabe 35.753,28 Mark. Die Hauptkasse: Einnahme 118.505,90 Mark, Ausgabe 124.741,09 Mark. In diesen Ausgaben ist eine Summe mit 61.932,20 Mark für Streik und 23.518,20 Mark für Arbeitslosenunterstützung. Kollege Borchelt gibt die Zahlen der gemeldeten Erwerbslosen bekannt und mahnt zur größeren Einigkeit. Die Verwaltung erhält einstimmig Entlastung. Die alte Verwaltung wird einstimmig wiedergewählt. Unter Verschiedenem wird mitgeteilt, daß auf wiederholten Wunsch unserer Kollegen die Verwaltung doch an dem geplanten Mastenball festhalten wird. Dieser soll am 20. Februar im Gewerkschaftshaus stattfinden gehen.

### Aus der „Konfektion“.

Dem Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband wird uns geschrieben:

In sämtlichen Konfektionsbetrieben des Deutschen Reiches fanden im Laufe der vergangenen Woche öffentliche Versammlungen der Beschäftigten aller Sparten der Konfektionsindustrie statt. In Breslau waren diese Versammlungen im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße, und als Referent sprach der Kollege P. Logg aus Berlin. Er sprach in seinem Referat über die Sozialpolitik der Diktator-Regierung und ihre Auswirkungen auf die Fortentwicklung der Konfektionswaren, des weiteren über die Maßnahmen zur Sanierung der Deutschen Wirtschaft und die eingetretene Krise, in deren Verlauf die große Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Am Schluß besprach der Redner die Auffassung der Unternehmer, die Forderung der Zoll- und Wirtschaftsinhaber durch niedrige Löhne, also Schwächung der Kaufkraft, wieder gut zu machen. Er verurteilte die Willkürpolitik der Konfektionsfabrikanten und sprach die Erwartung aus, daß die Behörden nicht durch eigene Schritte dem Lohnkampf der Arbeiterklasse Schwierigkeiten bereiten, denn der tarifliche Lohnkampf, der seit dem 30. November besteht, muß beendet werden. Nach lebhafter Aussprache, die durchgängig Zustimmung zu den Worten des Referenten erkennen gab, wurde folgende Entschließung beschlossen:

Die Einstellung des Arbeitgeberverbandes der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten zur Lohn- und Tarifpolitik ist diffidat von der Arbeit, nicht nur jede Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hintert an zu halten, sondern auch noch Verschlechterungen herbeizuführen.

Ein Beweis dafür ist die Ablehnung jeder Lohnerhöhung des Arbeitgeberverbandes beim Ablauf des letzten Lohnabkommens, trotzdem die Löhne im letzten Jahre nicht im gleichen Verhältnis gestiegen sind wie die Löhne und die

selben nachweislich zu den niedrigsten und zurückgebliebensten in allen vergleichbaren Berufen und Industrien zählen.

Ein weiterer Beweis hierfür ist die Kündigung der Stundenberechnung des Reichsarbeitsrates durch den Arbeitgeberverband mit den hierzu gestellten Entwürfen, die offen die Absicht erkennen lassen, unter allen Umständen Verschlechterungen durchzuführen.

Die Versammelten geben gegen diesen Angriff der Unternehmer ihrer härtesten Entschlossenheit Ausdruck, sie verurteilen diese Macht- und Konjunkturpolitik der Herren auf das Schärfste. Sie erklären ferner jede Revision des Reichsarbeitsrates im Sinne der Arbeitgeberverbände für unmöglich, wenn der Arbeitgeberverband sich nicht bereit findet, auch die für die Arbeiter ungünstigen Positionen zu verbessern. Eine einseitige Revision zum Nachteil der Arbeiter wird mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Statt Tarifverschlechterungen sind Lohnerhöhungen ein unbedingtes Erfordernis.

Die Versammelten erkennen an, daß diesen Angriffen und Mißbräuchen des organisierten Unternehmertums der Konfektionsindustrie nur mit Erfolg begegnet werden kann durch eine starke, machtvolle und geschlossene Organisation aller in der Konfektionsindustrie Beschäftigten in der zuständigen Berufsorganisation.

Dieses ist die Voraussetzung, um mit Erfolg bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Die Versammelten geloben deshalb, mit allen Kräften für Stärkung ihrer Organisationen zu wirken und alles daran zu setzen, daß die noch zerstreuten sich ihr anschließen.

### Die Faschisten verbieten den „Müßiggang“.

Die faschistischen Gewerkschaften haben ein neues Gesetz betr. Verbot des Müßigganges erlassen, demzufolge jede freiwillige „Erwerbslosigkeit“ verboten und jedermann verhaftet wird, der nicht den Nachweis einer Arbeitsstelle erbringen kann. „Man heißt“, auf diese Weise Italien in eine „große Werkstatt“ zu verwandeln, in der „jeder seine Pflicht erfüllt“.

Die Hoerder Stahlarbeiter streiken weiter. Die Beschlüsse des Stahlwerks des Hoerder Werkes (Phönix A.G.) beschloß, weiter im Streik zu verharren, bis die Werkleitung die abgehauenen Arbeiter wiederinstellt. Die Beschlüsse der Generalversammlung erhob gleichzeitig die Forderung, daß die Aussperrung nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses aufgefacht werden dürfe.

Die Arbeitslosigkeit in Wien. Ende 20. Wiener Bürger ist infolge der anhaltenden Wirtschaftskrise etwa 100.000. Die Arbeitslosigkeit in Wien ist immer noch im Steigen begriffen.

# Wirtschaft.

## Der neue Montantrakt.

Ellen, 20. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Hauptversammlung der Rheinisch-Westfälische Kohlen- und Bergbau-Verwaltungsgesellschaft A.G. sei so geregelt, daß Rhein-Elbe 39,5 Prozent, Thyssen sowie Phönix und van der Zypen 26 Prozent und Rheinisch 8,5 Prozent erhielten. Dieser Schlüssel sei bei der zunächst gebildeten Studiengesellschaft mit einem Kapital von 50.000 M., die den Unterbau bilden, angewandt worden. Es sei beabsichtigt, demnach wenn alle Vorträge geklärt seien, das Kapital von 50.000 Mark auf insgesamt 700 Millionen zu erhöhen. Thyssen bringe die bekannten Werte der August Thyssen-Hütte und der Gewerkschaften Friedrichshütte, den Süßenbetrieb Weidert, die Maschinenfabrik Thyssen in Wülfrath und die offene Handelsgesellschaft Thyssen in Wülfrath ein, Rhein-Elbe sämtliche Werke und Hüttenanlagen von Gelsenkirchen mit Ausnahme der Jochen- und Monopol, sämtliche Werke von Deutsch-Lug, weiterhin der Phönix, sämtliche Werke einschließlich der Zinnen mit Ausnahme der hierzu gehörigen Braunkohlengruben. Alle diese Werte würden gegen Bezahlung von Aktien der neuen Gesellschaft eingebracht. Daneben sei noch beabsichtigt, 120 Millionen Mark Genussscheine auszugeben als Ausgleich für Patente, Lizenzen und verschiedene andere Spalten, das heißt also Wertungen, die nach den großen Maßstäben nicht ausgeglichen werden konnten. Es sei nichts anderes übrig geblieben als die Beteiligungen sozusagen mit einem großen Maßmesser zuzuschneiden, das heißt nach der Erzeugung von Kohleisen und Stahl, Kohlen und Koks. Es sei aber klar, daß man Maschinenfabriken, die 50.000 t Stahl herstellen, anders einschätzen müsse als ein Martinwert mit dem gleichen Produktionsfaktor. Auch günstige Frachtkonverhältnisse bedeuteten einen Mehrwert gegenüber ungünstigen.

Rheinisch erhalte von den 120 Millionen Mark Genussscheinen 7 Millionen Mark, der Rest entfalle auf die übrigen Gesellschaften. Er bringe in die neue Gesellschaft ein: 1. die Eisenwerke, nämlich die Hüttenanlage in Weidert (rund 48 Millionen Mark) die Hütte in Duisburg (rund 17 Millionen), die Kalk-, Baux- und Säurenwerke Hohenlimburg-Widebe (vier Millionen), die Köhlen- und Prohwerke Hilden, Benrath und Zimgrath (8,5 Millionen), weiterhin die Eisensteingruben (2,4 Millionen), Kalkstein-, Dolomit-, Ton- und Quarzit-Bergbau sowie Steinfabrik Witzes (1,6 Millionen Mark), weiter die Beteiligungen von geringerm Betrage, soweit sie mit Eisen zusammenhängen, ferner die Position 13 und 14 der Wilsdorf, das sind fertige und halbfertige Erzeugnisse sowie Rohstoffe und Betriebsbedarf, soweit sie auf die Eisenwerke entfallen. Was die beiden letzten Positionen betrifft, so sei vorgesehen, diese an einem bestimmten Tage, zu dem die neue Gesellschaft in Wirklichkeit trete, gegen bar zu übereignen. Das stelle eine Erhöhung der Finanzierung dar.

Die Steuerfrage, worüber Verhandlungen schwebten, sei im Rahmen der bestehenden Gesetze nicht zu lösen. Grundsätzlich der Finanzierungsfrage könne erst weiteres nach der Rückkehr der deutschen Untereinander aus Amerika gesagt werden. Es sei selbstverständlich, daß die außerhalb des Trakts stehenden Zinsen für die Beilegerung des Selbstverbrauchs der neuen Gesellschaft nicht mehr in Frage kämen. So sehr er in der Verwirklichung des Traktatgedankens einen Silberstreifen am Horizont, der gediegenes Metall enthalte. Man würde die Werte am härtesten belegen, die am billigsten arbeiteten. Hierbei müsse auch die fragliche Lage berücksichtigt werden; denn es sei klar, daß die Werke am Rhein mit billigen Frachten bei der Erzeugung und dem Frachtwortung beim Verkauf für den Export in erster Linie in Frage kämen. Um welchen Betrag die Selbstkosten gesenkt werden, könne nicht gesagt werden. Wir müßten auf jeden Fall wieder exportfähig werden und auch gegenüber dem unterwertigen Geide wieder konkurrenzfähig werden. Dieses Ziel würde nach seiner Ansicht bestimmt erreicht werden. Dann kämen Devisen herein, und auf diese Weise werde die Rhein-Industrie in die Lage versetzt, die Steuern und Damesachen tragen zu können.

## Die Thüringer Uhrenfabrik A. G. verschwindet.

Die Generalversammlung der Thüringer Uhrenfabrik A. G. beschloß die sofortige Liquidation des Unternehmens. Damit verschwindet einer der größten Inflationskongerze aus der Welt, der in letzter Zeit im Zusammenhang mit unergieblichen Vorgängen bei sehr geachteten Finanzinstituten viel von sich reden gemacht hat. Die kleinen Gläubiger (bis 500 Mark) sollen nach der vorgeschlagenen Regelung bar ausgezahlt werden, während die übrigen Gläubiger mit einer Quote von 50 Prozent abgefunden werden sollen. Rätehaft aber ist immer noch, woher die erforderlichen Mittel kommen sollen. Wie in der Thüringer Uhren A. G. tätigen Unternehmercharaktere beschaffen waren, mag man vielleicht daraus ersehen, daß die Generalversammlung fast einstimmig den Beisatz sah, Strafanzug wegen Betrug und Untreue gegen den Gründer und Leiter des Konzerns, Hermann, zu stellen. Zum wird vorgeworfen, daß er größere Summen, in einem Falle bis zu 40.000 Mark, noch in den Konzern unter der Versicherung, daß der Konzern bombensicher stehe, hineingenommen hatte, nachdem die Pleite bereits da war. Umsonst ist es unbegründlich, daß diese Inflationsblüte von einer Reihe sehr geachteter Institute größere Kredite erhalten hat. In Frage kommen vor allen Dingen (über die Orientbank) die Reichsbank und die Deutsche Girozentrale. Die Leiter dieser Institute haben jedenfalls soviel volkswirtschaftlichen Blick gehabt, daß sie wußten, was mit dem Hermann-Konzern los war. Wenn sie ihm trotzdem Kredite gewährten, während man andere solide und für die Umstellung der deutschen Wirtschaft sehr wichtige Betriebe den notwendigen Betriebsmittelkredit verweigerte, spricht das eben Bände. Es wird erforderlich sein, daß diese Art von Falschleitung von Krediten in den zuständigen parlamentarischen Instanzen eingehend erörtert wird. Die Liquidation des Hermann-Konzerns ist wirklich kein Ruhmesblatt für die von amtlichen und halbamtlichen Instituten betriebene Kreditpolitik.

## Eine Regierungsaktion für vermehrte Fischzucht.

Das Reichsernährungsministerium plant in Gemeinschaft mit den in Frage kommenden anderen Regierungsstellen eine Aktion für vermehrte Fischzucht. Man denkt hierbei in erster Linie an eine großartige Propaganda, wie sie namentlich in Amerika seit Jahren unternommen wird. Der Fischzucht hat in Deutschland seit der Vorkriegszeit darauf nachgelassen, daß beispielsweise der Jahreskonsum pro Kopf kaum ein Viertel des englischen beträgt, wobei letzterer aber noch um ein Vielfaches hinter dem der nordischen Länder zurücksteht.

## Stillelegungen ohne Ende in Ost-Oberschlesien.

Trotzdem sich die Warschauer Regierung angeßigt um die drohende Wirtschaft Ost-Oberschlesiens besonders bemüht, scheint es in Wirklichkeit anders auszusehen. Auf der einen Seite gibt man ab und zu einen kleinen Auftrag für die ober-schlesische Industrie — die großen laufenden Aufträge jedoch, mit denen allein vernünftig kalkuliert und gerechnet werden kann, verringern sich. Die Staatsbahnverwaltung hat jetzt die Kohlenbestellungen in Ost-Oberschlesien bedeutend reduziert und dafür die Lieferungen des Dombrowaer Reviers erhöht. Die Westfälischen Kohlenwerke lieferten bisher monatlich 17.000 Tonnen Kohle an die Bahnverwaltung. Dieser große Auftrag ist jetzt ganz plötzlich auf 7.000 Tonnen pro Monat herabgesetzt worden. Wie die Westfälische Verwaltung im Zusammenhang mit dieser Tatsache mitteilt, ist sie dadurch gezwungen, in den nächsten Tagen etwa 800 Arbeiter in den Bergwerken zu entlassen.

## Das Fiasko der englischen Glasindustrie.

Trotz der Mc. Kenna-Fälle hat die englische Glasindustrie dauernd mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Eine der größten Gesellschaften, die British Glass-Industry Ltd., die bis März 1924 mit einem Kapital von 3,66 Millionen Pfund Sterling arbeitete, sah sich damals schon zu einer starken Kapitalzusammenlegung auf 924.000 Pfund Sterling gezwungen. Nachdem die Gesellschaft nun im abgelaufenen Geschäftsjahr wieder einen Verlust von 17.631 Pfund Sterling aufzuweisen hatte, beantragt die Verwaltung nunmehr die Liquidation des Unternehmens. Da es sich hier um eine Holdinggesellschaft handelt, die im abgelaufenen Jahre allerdings schon verschiedene ihrer Unternehmungen zur Abdeckung ihrer Bankschulden abstoßen mußte, so wird der Rest der Gesellschaft auf die einzelnen Aktionäre verteilt werden. Es handelt sich um 7 oder 8 größere Firmen, von denen die Canning Town Glass Works die größten sind. Da es sich um sovieler Einzelgesellschaften handelt, so werden die diesbezüglichen Liquidationsverhandlungen längere Zeit in Anspruch nehmen.

## Die Kohlenzufuhr Englands 1925.

England hat im Jahre 1925 nach den vorliegenden Exportziffern rund 50,8 Millionen Tonnen Kohlen ausgeführt. Der Kohlenexport im Jahre 1923 betrug 79,4 Millionen Tonnen und im Jahre 1924 auf 61,6 Millionen Tonnen. Es ist also gegenüber 1923 ein Kohlenexportrückgang von rund 11 Millionen Tonnen eingetreten. Der Rückgang erklärt sich zum größten Teil aus der Gestaltung des europäischen Kohlenmarktes. Insbesondere hat sich die Ausfuhr nach Deutschland gegenüber dem Jahre 1923, wo sie nicht weniger als 14,8 Millionen Tonnen betrug, fast verdoppelt. Schon im Laufe des Jahres 1924 stellte sich die englische Kohlenzufuhr nach Deutschland auf 6,8 Millionen Tonnen. Im Jahre 1925 trat eine weitere Senkung auf 4,1 Millionen Tonnen ein.

Auch gegenwärtig läßt sich eine weitere Senkung der englischen Kohlenzufuhr feststellen. Sie machte im Oktober 1925 rund 655.630 Tonnen im Werte von 401.852 Pfund aus. Die Einfuhr betrug im Monat Dezember nur noch 389.355 Tonnen im Werte von 274.080 Pfund. Die Gesamteinfuhr nach Deutschland im 4. Quartal 1925 stellte sich auf 1.431.951 Tonnen (1.026.338 Pfund) gegenüber 1.894.812 Tonnen (1.307.912 Pfund) in der gleichen Zeit 1924 und 3.201.589 Tonnen (3.808.766 Pfund) in der Zeit vom Oktober bis Dezember 1923.

Deutschland steht als Abnehmer englischer Kohle an dritter Stelle. Hauptabnehmer ist Frankreich mit 10,2 Millionen Tonnen; ihm folgt Italien mit einer Abnahme von 6,8 Millionen Tonnen.

## Die Pensionsregelung für die schlesischen Staatsbeamten im Reichs-Oberbeschießen soll in der nächsten Plenarsitzung des schlesischen Sejm, der am 20. Januar mit seinen Beratungen beginnen wird, besprochen werden.

Die polnisch-oberschlesische Arbeitslosigkeit. In Königshütte befinden sich nach dem amtlichen Bericht 6975 Arbeitslose. Davon sind 4794 Männer und 1281 Frauen. Seit dem 7. Januar sind in den Krischäften Neudorf und Chorzow selbständige Arbeitsvermittlungämter geschaffen worden, so daß die obigen Zahlen nur die Stadt Königshütte selbst betreffen. Es ist bemerkenswert, daß sich die Arbeitslosigkeit wegen der zunehmenden Arbeitslosigkeit und die dadurch bedingte Arbeitsüberlastung in den Vermittlungsämtern gegenwärtig, im Katowitzer Bezirk allein fünf selbständige Arbeitsvermittlungämter neu zu schaffen, und zwar in Schoppin, Siemianowiz, Chorzow, Neudorf und Bielkowiz.

Die Kohlenzufuhr Polens wird im zweiten Halbjahr 1925 mit 3,6 Millionen Tonnen angegeben. Sie konnte im Dezember 1925 auf 686.000 Tonnen gesteigert werden gegenüber 457.000 Tonnen im Monat Juli, 680.000 Tonnen im Monat Oktober und 685.000 Tonnen im Monat November. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1925 ist ein Kohlenexportverlust in Höhe von 1 Million Tonnen zu verzeichnen.

## Amthliche Devisenkurs der Berliner Börse

Währung	100 Reichsmark	100 Fremdwährung
1 Pfund Sterling	20,400	100 Reichsmark
1 Dollar	4,185	100 Reichsmark
100 belg. Gulden	165,31	100 Schweizer Franken
100 belg. Francs	39,77	100 Reichsmark
100 norw. Kronen	85,82	100 Reichsmark
100 dänig. Gulden	80,50	100 Reichsmark
100 Schw. Kronen	18,34	100 Reichsmark
100 holl. Kronen	104,17	100 Reichsmark

